

## IV. Reaktionen der Politik

## Vorbemerkung

Die Beiträge in dieser Rubrik gehen auf die folgende Einladung des Herausgebers zurück:

Sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Frau Nahles,

nach dem Themenheft „60 Jahre Römische Verträge – where to go from here?“ (ZSE 1/2017), das schon vor dem Erscheinen einige Aufmerksamkeit erfuhr, bereiten wir derzeit ein Doppelheft unserer „Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften“ zur Bundestagswahl vor. Das Heft wird, wie immer in der ZSE, führende Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Historiker sowie einige Praktiker als Autoren zusammenführen.

Materiell geht es in einer Mischung aus Querschnitts- und Sektoralfragen vor allem darum, den Stand und Zustand des politischen Systems der Bundesrepublik zu umreißen und einen Rückblick auf die vergangene mit einem Ausblick auf die kommende Legislaturperiode zu verbinden. Zur Identifikation der sich dafür jeweils anbietenden Autoren haben wir das Schrifttum der vergangenen Jahre noch einmal ausgewertet, nicht nur zum Stand der staats- und europawissenschaftlichen Diskussion, sondern auch zur Identifikation analytisch ausgewiesener Praktiker, die in dem Heft zu Wort kommen sollten. Im Ergebnis bitten wir mit diesem Schreiben herausragende jüngere Vertreter der (voraussichtlich) im kommenden Bundestag vertretenen Parteien um einen kürzeren Beitrag, der sich auf die Erwartungen an die kommende Legislaturperiode richtet. Die Einladung geht an Herrn Staatssekretär *Jens Spahn*, MdB (CDU/CSU), Frau Bundesministerin *Andrea Nahles*, MdB (SPD), den FDP-Vorsitzenden *Christian Lindner*, MdL (FDP), Herrn Minister *Dr. Robert Habeck*, MdL (Bündnis 90/Die Grünen), Herrn Minister *Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff*, MdL (Die Linke) sowie Herrn *Prof. Dr. Jörg Meuthen*, MdL (AfD). Dies mag dokumentieren, dass uns vor allem an Vertretern der „kommenden Generation“ gelegen ist, die mit einiger Wahrscheinlichkeit künftige Bundes- und Landespolitiken prägen werden. Wir bitten deshalb auch um Ihr Verständnis, dass diese Einladung nur an Sie persönlich gerichtet ist und wir es sehr begrüßen würden, wenn Sie trotz aller Belastungen unserer Einladung folgten. Die ZSE gilt inzwischen ja nicht nur als das wohl wichtigste interdisziplinäre Organ für die (vergleichende) Diskussion des staatlichen und europäischen Handelns, sondern auch als zentrales Forum für das (handlungsorientierte) Gespräch zwischen der Wissenschaft und der Praxis.

In der Gestaltung Ihres Beitrags sind Sie selbstverständlich völlig frei; wir hoffen lediglich auf Beiträge, die um Einiges über das hinausgehen, was den vorliegenden programmatischen Erklärungen der Parteien zu entnehmen ist. Es bedarf ja keiner besonderen Prophetie, in den gegenwärtig massiv veränderten Rahmenbedingungen eine beträchtliche Herausforderung der politischen Praxis wie der ihr zugewandten Wissenschaften zu sehen. Der Umfang Ihres Beitrags sollte, wenn möglich, zehn ZSE-Druckseiten, das sind etwa 25.000 Zeichen, nicht wesentlich überschreiten.

Über Ihre Teilnahme an diesem Themenheft, mit dem wir eine Kontinuität begründen wollen und das zudem in Buchform erscheinen wird, würde ich mich - auch im Namen meiner Kollegen im Herausgeberbeirat – sehr freuen. Um den Erscheinungstermin des Heftes vor den BT-Wahlen sicherzustellen, hat der Nomos-Verlag als Redaktionsschluss den 31. Juli 2017 benannt, eine zwar enge, für Vierteljahreszeitschriften aber weithin unvermeidbare Terminierung. Technische „Hinweise für Autoren“ entnehmen Sie bitte der Innentitelei eines jeden ZSE-Heftes.

Für etwaige Rückfragen stehe ich natürlich zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß und guten Wünschen für die bevorstehenden Wochen

Ihr *Joachim Jens Hesse*

Die Idee, dieses ZSE-Heft durch Praktikerbeiträge zu ergänzen, fand großes Interesse und beträchtliche Zustimmung, auch und gerade seitens der angesprochenen Autoren. Erst mit dem Herannahen des benannten Redaktionsschlusses mussten zwei Veränderungen vorgenommen werden. So ließ Herr Staatssekretär *Spahn* den Herausgeber wissen, dass er einer Beteiligung aus „Kapazitätsgründen“ nun doch nicht näher treten könne, während Herr *Lindner* verständlicherweise darauf verwies, dass er den Wahlkampf ohne näheren „Unterbau“ und aus der Rolle der nicht im Bundestag vertretenen Opposition heraus zu betreiben habe, was ihm keinerlei Möglichkeit zum Schreiben beließe. Er verband dies mit der Empfehlung, *Michael Theurer*, MdEP und Vorsitzender der FDP in Baden-Württemberg, um den Beitrag zu bitten, ggf., sollte die Zeit reichen, im Rahmen einer Ko-Autorenschaft.

Der Fall *Spahn* macht hingegen nachdenklich und wirft Fragen zum Wissenschaft-Praxis-Verhältnis in der Bundesrepublik auf. Insbesondere das vorgetragene Kapazitätsargument war und ist unglaubwürdig, verfügt der Parlamentarische Staatssekretär doch im Bundesfinanzministerium über einen beträchtlichen Mitarbeiterkreis; ein finanzpolitischer Rück- und Ausblick hätte nach Auskunft aller Befragten ohne Schwierigkeiten und durchaus zeitnah erstellt werden können. Was also verbleibt als Erklärung? Eine zu frühe Arroganz, ein Unwille, sich einem auch personellen Vergleich zu stellen, oder letztlich nur eine Abwägung zwischen alternativen Publikationsangeboten? Wir wissen es nicht, erlauben uns allerdings den Hinweis darauf, dass Herr *Spahn* der erste amtierende Politiker ist, der die Einladung zu einem Beitrag in der ZSE ablehnt. Er beschädigt damit nicht nur eine ungewöhnliche Kontinuität, sondern auch das Interesse seiner Partei und nicht zuletzt das in dieser Zeitung exemplarisch geführte Gespräch zwischen Wissenschaft und Praxis; ein Blick in die ersten 15 Jahrgänge der ZSE – und den Kreis ihrer Autoren – verdeutlicht Näheres.

*Joachim Jens Hesse*